



Zu kurz gesprungen! Neuer Anlauf nötig!

Stellungnahme zu den Vorstellungen des Berliner Bildungssenators zur „Weiterentwicklung“ der Berliner Schulstruktur

1. Oktober 2008

Der Berliner Senat erhielt im Mai 2008 vom Abgeordnetenhaus den Prüfauftrag „Bessere Bildung: Prüfung der Weiterentwicklung der Schulstruktur als Schritt zu mehr individueller Förderung und gemeinschaftlichem Lernen“. Bis Ende 2008 soll der Senat dem Abgeordnetenhaus zu sechs Punkten berichten, u. a. sollten „erste Überlegungen zur Fortführung und Ausweitung der Pilotphase Gemeinschaftsschule“ angestellt und „geprüft werden, wie integrativ wirkende Elemente aus der Pilotphase Gemeinschaftsschule auf alle Schulen übertragen werden können“.

Im Vorgriff auf diesen Bericht und ohne direkten Bezug zum Prüfauftrag des Parlaments hat Senator Zöllner Anfang September 2008 persönliche Vorstellungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.

Der Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin nimmt im Folgenden Stellung zu diesen Plänen. Grundlage sind die unter dem Namen des Senators veröffentlichten „Eckpunkte für die Erarbeitung eines Vorschlages zur Weiterentwicklung der Berliner Schulstruktur“ sowie der „Vorschlag für die Entwicklung der Schulstruktur in den allgemeinbildenden Schulen (vereinfacht)“.

Senator Zöllners Vorschlag, ab 2014 solle es im Sekundarbereich nur noch Regionalschulen und Gymnasien geben, orientiert sich weitgehend am „Hamburger Modell“ eines angeblich zweigliedrigen – wegen des Weiterbestehens der Sonderschulen zumindest dreigliedrigen – Schulsystems, das dort von Schwarz-Grün beabsichtigt ist.

Der Vorschlag des Senators hält damit fest am gegliederten Schulsystem mit höher wertigen und geringer wertigen Schulen, einem System, das es nach Auffassung des Runden Tisches Gemeinschaftsschule Berlin zu überwinden gilt, weil es den Ansprüchen an ein effektives und zugleich demokratisches Schulsystem nicht gerecht werden kann.

Dies ist Kern unserer Kritik am Vorschlag des Berliner Bildungssenators.

Im Folgenden äußern wir uns zu einzelnen der vom Bildungssenator vorgeschlagenen Prinzipien und Maßnahmen:

- Wie in Hamburg soll es weiterhin Sonder-/Förderschulen geben trotz des gesetzlichen Vorranges des gemeinsamen Unterrichts. Von einer inklusiven Sichtweise sind der Senator und seine Berater offenbar noch weit entfernt.
- Schon jetzt macht ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Schüler das Abitur an Oberstufenzentren. Dieser Teil des Schulsystems wird übersehen.
- Wie in Hamburg wird bei der stärkeren Verzahnung von Primar- und Sekundarstufe in erster Linie daran gedacht, Mittelstufen-Lehrer in den Jahrgängen 5 und 6 einzusetzen. Soll den Grundschulen gezeigt werden, wie man „richtig Unterricht macht“? Das hieße in vielen Fällen allerdings, den Bock zum Gärtner zu machen. Orientierung am selbstständigen Lernen und dem jeweils individuellen Lernprozess und damit erfolgreiche pädagogische Arbeit ist eher in den Grundschulen zu finden als in der Sekundarstufe. Der Vergleich von Ergeb-

nissen von IGLU und PISA zeigt, dass eine wesentliche Problematik unseres Schulsystems innerhalb der Sek I zu suchen ist.

- Wenn wirklich mit der individuellen Förderung ernst gemacht werden sollte, hieße dies, den jeweils individuellen Lernprozess eines jeden Kindes und eines jeden Jugendlichen zu respektieren und zu unterstützen. Die Abkehr vom Unterrichtet-Werden im Gleichschritt und die Hinwendung zum selbst gesteuerten, aktiven Lernen der Schüler/innen ist eine grundlegende Umorientierung in der Schulpraxis. Diese ist nur zu leisten, wenn Unterstützungssysteme für die praktizierenden Pädagogen vorhanden sind und die Lehrerbildung umgekrempelt wird.
- Der Senator will festhalten am Gymnasium als der Schule, die sich unter dem Vorwand Schule für die Leistungsstarken zu sein, ihre Schülerinnen und Schüler aussuchen darf; der Rest besucht Regional- oder Sonderschulen. Und darüber hinaus will er festhalten an den so genannten grundständigen 5. und 6. Klassen an Gymnasien - vermutlich um bestimmten Eltern die Möglichkeit zu bieten, ihre Kinder schon zwei Jahre früher von Migranten- und Harz IV-Kindern fernzuhalten. Der *Runde Tisch Gemeinschaftsschule Berlin* will etwas grundsätzlich Anderes! Wir wollen eine gemeinsame Schule für alle. Eine Schule, die Verschiedenheit respektiert, gleiche Chancen bietet und alle Kinder und Jugendlichen im gemeinsamen Lernen individuell fördert und herausfordert. Gemeinsam leben kann man nur gemeinsam lernen!
- Zöllners Strukturmodell sieht ab 2014 weder Gesamt- noch Gemeinschaftsschulen vor; sie sollen mit den H/R-Schulen zu so genannten Regionalschulen zusammengefasst werden. Hiermit würden sie zu Ergänzungsschulen des Gymnasiums und so dem geringer wertigen Teil des gegliederten Schulsystems zugeschlagen: Damit legt der Senator die gemeinsame Schule für alle ad acta, erklärt die „Pilotphase Gemeinschaftsschule“ bereits zwei Wochen nach ihrem Arbeitsbeginn als nebensächlich und damit die wissenschaftliche Begleitung der Pilotphase für überflüssig. Das nun halten wir für einen Skandal!

Was veranlasst den Senator zu solchen Vorstellungen? Etwa die von bestimmten Lobbyisten immer wieder zu hörende Aussage, das Gymnasium sei die erfolgreichste oder gar beste Schulform? Dabei schickt es 30-50% der zunächst aufgenommenen Schüler später wieder als ungeeignet weg und kommt dem eigenen Anspruch nicht ausreichend nach, für den gesellschaftlich notwendigen akademischen Nachwuchs zu sorgen.

Die besten Schulen in Deutschland kann man sich anschauen: Man findet sie unter www.deutscher-schulpreis.de. Alle bisherigen zehn Preisträger-Schulen erklären, alle aufgenommenen Schüler behalten zu wollen, neun von ihnen tun das auch und mindestens acht von ihnen nehmen grundsätzlich jeden Schüler auf: Ihr Selbstverständnis ist das der gemeinsamen Schule für alle. Soviel zum häufig in Abrede gestellten Zusammenhang von Schulqualität und Schulstruktur - für Insider keine Neuigkeit.

Diese und ähnliche Schulen sind Vorbilder für die neuen Berliner Gemeinschaftsschulen: Die gute Schule zum Normalfall machen! Die gute Schule, die sich als die gemeinsame Schule für alle herausstellt, muss nicht mehr erfunden und erprobt werden; sie hat ihre Überlegenheit national wie international seit Jahrzehnten bewiesen. Man muss sie allerdings wahrnehmen und wollen. Heute muss es darum gehen, Strategien zu erarbeiten, wie die vorhandenen selektiven und segregierenden Schulen sich zu guten Schulen für alle entwickeln können, und diese Strategien umzusetzen.

Der Vorschlag des Senators ist rückwärts gewandt. Sein Festhalten an der Gliederung des Schulsystems in höher und geringer wertige Bildungseinrichtungen zementiert, dass die so genannte Risikogruppe unter den Schülern kaum vermindert wird, dass wir weiterhin zu wenig Hoch-Qualifizierte haben und dass an deutschen Schulen, wie eh und je, die soziale Herkunft den Schulerfolg bestimmt.

Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin

Sprecher/innen: Marliese Seiler-Beck, Peter Heyer, Lothar Sack, Ulla Widmer-Rockstroh

Kontakt: Sabine Dübbers, Runder Tisch Gemeinschaftsschule Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin,

eMail: duebbers@gew-berlin.de